IMT Nuremberg Archives

H - 3957

International Court of Justice

3140888

H3957 – 0002

Certificate No. M 219 (Place) Nürnberg

(Date) 8th July, 1946

CERTIFICATE.

I, Kenneth H.M. Duke, Major, British Army, of the British War Crimes Executive (European Section), hereby certify that the attached document, consisting of six { ~~typewritten*~~ photostated ~~mimeographed~~ ~~handwritten~~ } pages and entitled Extract from the Israelitisches Wochenblatt – Pages 3, 4, 5, 6, 7, 8.

dated 19 Jan 1945, † is ~~the original*~~ a true copy of a document which the Wiener Library, London ‡ delivered to me in my above capacity, in the usual course of official business, as ~~the original*~~ a true copy.

~~of a document found in German archives, records and files captured by military forces under the command of the Supreme Commander, Allied Expeditionary Forces.~~

To the best of my knowledge and belief, the original document is held at:- the Wiener Library, London

Kenneth H. Duke
Major.

H3957 – 0003

Israelitisches Wochenblatt

für die Schweiz

JOURNAL ISRAELITE SUISSE

Gegründet 1901 von Rabbiner Dr. Littmann und Dr. phil. David Strauss

ABONNEMENTS
Das Abonnement kostet für die Schweiz Fr. 4.50 pro Quart., Fr. 8.25 pro Halbjahr, Fr. 15.— pro Jahr (einschliessl. Einzugsspesen). Ausland pro Quart. inkl. Porto Fr. 6.—, Frankreich Fr. 5.—. — Einzelexemplare 40 Cts.
Postcheck VIII 6451 Tel. 23 29 40
Erscheint jeden Freitag

ANNONCEN
Pro Seite 4 Spalten à 125 Nonpareillezeilen. Preis der 1spaltigen Nonpareillezeile oder deren Raum 47 Cts., bei Platzvorschrift 54 Cts. Reklamen, erste Umschlagseite und Seiten der Familienanzeigen 90 Cts. Rabatt ab 500 Zeilen.
4 Spalten à 5 cm Breite, Spaltenhöhe 28,2 cm

Nummer 3 | Zürich, Uraniastr. 9 — 19. Jan. 1945 (5. Schewat 5705) | 45. Jahrgang

Das Israelitische Wochenblatt ist ein unabhängiges Organ. Die darin enthaltenen Artikel verpflichten nur die Verfasser.

Voreilige Taufe von Kindern aus Mischehen

Dem aufmerksamen Beobachter kann nicht entgehen, daß es im allgemeinen (auch hier dürfte wohl die Ausnahme die Regel bestätigen) die am wenigsten wertvollen Elemente sind, welche die Taufe als Weg des geringsten Widerstandes benutzen. Diese sind kein Verlust für das Judentum — in einem gewissen Sinne sogar ein Gewinn; denn nur die Besten bewähren sich in der Not. — Mögen solche Elemente dem auserwählten Volke den Rücken kehren! Wenn es christliche Gemeinschaften gibt — Kirchen, wie Sekten — welche die Notlage der Juden ausnutzend (wie so oft in vergangenen Jahrhunderten), auf Fang ausgehen, so machen sie die Beute, die sie verdienen — geringe Beute! Denn nur Demoralisierte kann man sehr leicht «bekehren».

Eine andere Frage — die viel wichtigere — ist die Taufe der aus Mischehen hervorgegangener K i n d e r o h n e E i n w i l l i g u n g des nicht zum Christentum übergetretenen Ehepartners. Ich habe hier einen bestimmten Fall vor Augen, der sich in meiner nächsten Nähe abspielte und der, wie ich befürchte, leider nicht vereinzelt dastehen dürfte. Darum halte ich ihn für wichtig genug, um ihn öffentlich zur Diskussion zu stellen: Der Vater ein von den Deutschen in Frankreich verschleppter jüdischer, staatenloser Arzt, die Mutter eine Schweizerin, Protestantin. Als der Vater verschleppt wurde, kehrte die Mutter mit dem achtjährigen Jungen in die Schweiz zurück. Sie waren nun in Sicherheit und geborgen. Aber jetzt erst beginnt der Tragödie zweiter Teil. Die Verwandten der armen Frau hatten keine Ruhe, bis sie sie dazu brachten, den Jungen im Alter von 10 Jahren taufen zu lassen und dies in einem Augenblick, da weder für den Jungen persönlich, noch für unser Land irgend eine unmittelbare Gefahr bestand — im Sommer 1944. Von einer «Rettung» des Jungen durch Taufe, wie die Verwandten das zu motivieren suchten, kann wohl kaum die Rede sein.

Dem Jungen wurde n i c h t gesagt, daß sein V a t e r J u d e sei (der Vater wird wohl emanzipierter Jude gewesen sein, wie so viele Intellektuelle. Tatsache aber ist, daß er nie zum Christentum übergetreten ist, jeder der Ehegatten behielt seinen angestammten Glauben). Der jetzt elfjährige Junge macht nun, wie es scheint, im College «tapfer» mit den anderen zusammen in Antisemitismus. Er ist ein aufgewecktes Kerlchen. Beim Gedanken, daß die Möglichkeit nicht ausgeschlossen ist, daß gute Anlage, edles jüdisches Blut ererbtes intellektuelles Gut mißbraucht werden könnte, indem es sich durch Aufstachelung in blindem Haß gegen das eigene Volk, richtete, flammt helle Empörung in mir auf. Das Kind ist natürlich unschuldig. Wie aber, wenn aus dem Kind ein Mann geworden, der diesen giftigen Stachel in sich trägt?

Es sollte verboten sein, Kinder aus Mischehen zu taufen, ohne Einwilligung b e i d e r Elternteile und wo solche nicht zu erlangen ist, wie im vorliegenden Falle (möglicherweise könnte der Vater durch irgend ein Wunder noch am Leben sein), so sollte man bis zur Verstandesreife der Kinder w a r t e n müssen. Jedes andere Vorgehen ist als M i ß b r a u c h zu verwerfen. Es ist hier nicht der Ort, die Frage zu entscheiden, ob man überhaupt für oder gegen die Taufe von Kindern ist, hier steht gar nicht diese allgemeine Frage zur Diskussion. Um allen Mißverständnissen vorzubeugen, wiederholen wir: Zur Diskussion steht die Vornahme einer Taufe bei Kindern aus Mischehen ohne Einwilligung beider Elternteile. Geistliche, die gegen Vergewaltigung sind, sollten sich dafür einsetzen, daß solche Taufen als nichtig erklärt werden.

N i c o l a s L a m b e r t , pasteur, Genf.

Hilfeschrei aus Mauritius

(Aus dem Brief einer dort Internierten)

B e r i c h t ü b e r d i e j ü n g s t e n E r e i g n i s s e : Wir wählten eine Campvertretung (Aktionskomitee), die unser Vertrauen hat. Diese verfaßte zwei Memoranden, die der hiesigen Regierung eingereicht wurden mit der Bitte, sie mit einer Befürwortung an die Londoner zuständigen Stellen weiterzuleiten. Die wichtigsten Punkte des langen Memorandums sind, kurz und wahr:

Wir, 1400 Menschen, die Hälfte Frauen und Kinder, verbüßen jetzt bereits 3½ Jahre unschuldiger Gefangenschaft im verseuchtesten Winkel einer tropischen Insel. Malaria und andere Tropenkrankheiten wüten verheerend. 70 Prozent von uns haben Malaria, bis zu 60 Anfällen. Das Klima ist hier im Camp für Europäer unerträglich. Die Männer wohnen in einem für farbige Verbrecher gebauten Gefängnis und wir in Blechbaracken, die im Sommer (und hier ist viel Sommer) zu erstickenden Brutkästen werden. Die Ernährung ist nach Menge und Qualität für Europäer unzulänglich. Viele haben 5—15 Kilo abgenommen, alle an Körperkraft und Nervenkraft und Leistungsfähigkeit. Die seelische Depression ist zwar nicht wäg- und meßbar, aber die Haftpsychose wächst bedrohlich. Ein Selbstmord, mehrere Fälle für die Nervenheilanstalt und fast 100 Gräber hier sind das vorläufige Resultat. Sollte man uns zwingen, einen fünften Sommer hier zuzubringen, das wäre für viele von uns der sichere Tod.

Wir baten, man möge uns nach Atlith (Erez) zurückbringen. Die Antwort der hiesigen Behörden war eine formale Beanstandung des Aktionskomitees, das man plötzlich nicht anerkennen

040889

INTERNATIONAL MILITARY TRIBUNAL
NUREMBERG, GERMANY
_____ Exhibit 439
_____ Filed April 29th 1946

B 040890

H3957 – 0004

H3957 – 0005

wollte, nachdem man bereits monatelang mit ihm unterhandelt hatte. Das war eine Ohrfeige, wie sie beleidigender nicht denkbar ist. Das Camp antwortete mit einem spontanen 24stündigen Hungerstreik, leider die einzige Waffe der Wehrlosen. Wenn man aber glaubt, daß wir uns weiter hier geduldig zugrunde richten lassen, weil wir 3½ Jahre schwiegen, so irrt man sich. Unser Hilfeschrei muß hinaus in die Welt!

(Der Brief ist vom 11. Juni 1944 und hier am 15. Januar 1945 hier eingetroffen. Seit Abfassung des Briefes hat sich die Lage der Internierten auf Mauritius weiter verschlechtert.)

Die Wiedergutmachung

Einigkeit besteht bei den Vereinigten Nationen darüber, daß eine Wiedergutmachung erfolgen muß; Richtlinien über das Maß und die Art des Schadenersatzes stehen noch zur Diskussion. Bis jetzt ist man sich darüber nur soweit einig, daß der besiegte Staat keinerlei Geldzahlungen leisten können wird, sondern Arbeit oder Arbeiter zu liefern haben wird. Niemand denkt daran, einen vollen Schadenersatz zu fordern, weil die Summen, die hier in Betracht kommen, wohl auf Generationen hinaus auch bei den größten Lasten unbezahlt bleiben müßten. Dabei ist zu unterscheiden zwischen Forderungen, welche die Staaten direkt gegeneinander zu stellen haben und den Ansprüchen, welche Privatpersonen für beschlagnahmtes oder beschädigtes Eigentum stellen können. In jüdischen Fällen gibt es einige Besonderheiten, mit denen sich die Nothilfskonferenz des Jüdischen Weltkongresses in Atlantic City beschäftigt hat und die auch schon in der jüdischen Presse unter verschiedenen Gesichtspunkten zur Darstellung gelangten. Einmal handelt es sich um sogenannte öffentlich-jüdische Schäden, welche Vermögen jüdischer Organisationen betreffen, dann spielt die Staatsangehörigkeit eine erhebliche Rolle und als neue Kategorie kommt nunmehr der Kollektivanspruch des jüdischen Volkes dazu, der eintreten soll, wenn die Inhaber der beschlagnahmten Vermögen nicht bekannt sind oder nicht mehr leben und von Organisationen oder jüdischen Institutionen, die nicht mehr bestehen.

Die Frage der Wiedergutmachung hat bereits weite Kreise erfaßt. Außenminister Eden hat davor gewarnt, sich allzu große Hoffnungen auf die Leistung von Schadenersatz zu machen und insbesondere sprach er sich dagegen aus, daß daraus ein Geschäft für Agenten gemacht werde. Die britische Regierung hat keinerlei Privatpersonen mit der Entgegennahme oder Prüfung von Ersatzansprüchen beauftragt, erklärte er.

Um einen Ueberblick zu erhalten, hat der Jüdische Weltkongreß ein Spezialdepartement zur Registrierung von Personen- und Sachschäden geschaffen. Unter die erste Kategorie fallen öffentlich-jüdische Schäden, wie die Beschlagnahme von jüdischen Vereinsvermögen, die Zerstörung von jüdischen Gebäuden, Synagogen, Schulen, Anstalten und ähnlichen Einrichtungen. In Deutschland hat die jüdische Reichsvereinigung die Liquidation dieser Vermögenskomplexe vorgenommen, so daß man über den Umfang dieser Schäden vorzüglich informiert ist. Unter die zweite Kategorie kommen die Personenschäden. Hier sind die Namen aller der Personen anzugeben, die seit 1933 körperlich geschädigt wurden, sei es im Konzentrationslager, im Ghetto und es sind alle die Personen zu nennen, welche ihren Versorger durch die Methoden der Kriegsführung gegen die Juden verloren haben. Die dritte Kategorie enthält alle Ersatzansprüche von Privaten, die bewegliches und unbewegliches Vermögen verloren haben.

Ist einmal eine Uebersicht vorhanden, so kann man daran denken, die besonderen jüdischen Belange zu bearbeiten. Keine jüdische Stelle denkt daran, allgemeine Vorschläge auszuarbeiten, vielmehr wird man sich darauf beschränken, nur die besonderen Bestimmungen zu nennen, welche für die Befriedigung der jüdischen Nachkriegsforderungen notwendig erscheinen. Zum Beispiel wäre Palästina durchaus in der Lage, deutsche Waren als Reparationszahlungen für untergegangenes jüdisches Vermögen in Deutschland entgegenzunehmen oder es ließe sich denken, daß das in Palästina liegende deutsche Vermögen, das zum großen Teil aus Grundstücken besteht, in Verrechnung genommen wird. Anderseits wird der Wiederaufbau der jüdischen Gemeinden in Europa eine große Aktion erfordern. Wenn auch von Juden Amerikas die Sorge für die Wiedererrichtung der jüdischen Institutionen in Frankreich, oder von englischen Organisationen der Wiederaufbau des jüdischen Gemeindelebens in Holland übernommen wird, so wird dies nicht hindern, daß auch diese Schäden zur Anmeldung gelangen.

Alle diese Berechnungen und Vorschläge gelten jedoch nur für den Fall, daß die Welt weiterhin in einem Zustand leben wird, der westeuropäischen oder amerikanischen Vorstellungen entspricht. Wird das Privateigentum abgeschafft und kommt es in schadenersatzpflichtigen oder berechtigten Ländern zum Kollektiveigentum, so werden damit ganz neue Verhältnisse geschaffen. Die Entwicklung in Bulgarien ist für diesen Fall symptomatisch. Der Zusammenprall der liberalen und der kollektivistischen Auffassung über die Wiedergutmachungsfrage in Deutschland wird nicht nur eines der interessantesten Experimente der neueren Geschichte sein, sondern auch zugleich darüber die Entscheidung bringen, ob die in der ganzen Welt zerstreuten Ueberreste der deutschen Juden noch eine Hoffnung haben, wenigstens einen kleinen Teil ihrer früheren Ersparnisse wieder zu erlangen.

Liebesgaben-Sendungen
können wieder in beschränktem Umfang
ausgeführt werden
Helft den Notleidenden
Verlangen Sie nähere Auskunft bei
Hilfsverein für jüd. Auswanderung
Tel. 23 84 15 Zürich, Stauffacherquai 44

Jetzt ist die Zeit da
für eine Bestrahlungslampe
Künstliche Höhensonne
Sie stärkt die Gesundheit — schützt vor Krankheit
Verschiedene Modelle — Abgabe auch mietweise
M. Schaerer A.-G. - Zürich
Sanitäts-Geschäft Pelikanstrasse 3 Tel. 23 52 24

740891

H3957 – 0006

Neue Welle in Deutschland

Seit dem Herbst machen sich in Deutschland erneute Anzeichen für die Fortsetzung der antijüdischen Aktionen bemerkbar. In den Zeitungen von München, Essen, Berlin und Hamburg erschienen wieder eine ganze Reihe von Leitartikeln mit den alten Schlagworten und Registern. Neu hinzu kam nur die Behauptung, die Invasion sei vom Weltjudentum diktiert worden, denn sie entspreche keinem echten ideologischen oder realen Nationalinteresse Englands oder Amerikas. Das Judentum sei schwach geworden, heißt es in der Essener «Nationalzeitung», und tarne sich jetzt zum letzten Male. Mit eiskalter Ruhe werde der Tarnschleier weggezogen und die verborgenen Schachzüge des Judentums aufgedeckt. Ein Satz nachher heißt aber, die jüdische Weltherrschaft sei kein Phantom mehr, sondern für Deutschland eine bluternste Angelegenheit geworden. In München erscheinen die «News from Germany», die gedruckt und vervielfältigt die antijüdische Literatur Deutschlands in englischer Sprache herausgeben und offensichtlich für die Propaganda in England und Amerika bestimmt sind. Es ist bezeichnend für die deutschen Stellen, daß sie heute noch glauben, den Antisemitismus als Waffe im internationalen Kampfe verwenden zu können. Für diesen Krieg ist dieses Mittel gewiß wertlos, es kann sich also nur darum handeln, den dritten Weltkrieg mit dem gleichen Hebel in Bewegung zu setzen, wie den gegenwärtigen. Um so mehr Grund werden die Instanzen der Vereinigten Nationen haben, den Antisemitismus durch einen Satz des Völkerrechtes zu verbieten. Hitlers Neujahrsansprache bewegte sich auf dem gleichen Niveau. Eine halbe Million SS-Männer stehen Hitler und Himmler zur Verfügung. Mit ihren Familien profitieren sie von diesen Aktionen. Eine genaue Ueberwachung der Tätigkeit dieser Kreise wird deshalb nach dem Kriege eine der ersten Aufgaben sein.

Die sogenannten «privilegierten» Juden, das sind solche Juden, die in Mischehe lebten oder Kinder aus Mischehen haben, kamen seit dem Herbst zur näheren Behandlung. Kinderlose Ehen wurden durch Deportation des jüdischen Teils de facto aufgelöst, einen Monat später mußten auch die jüdischen Elternteile den Wanderstab in die Hand nehmen, wenn Kinder vorhanden waren. Die «arischen» Partner einer Mischehe wurden kaserniert und in den Arbeitsdienst eingesetzt. Sie wurden in der Hauptsache der Organisation Todt zugeteilt, wo sie keinen Urlaub erhalten, 12 Stunden täglich arbeiten müssen und keine Besuche empfangen dürfen. Diese Maßnahmen wurden selbst gegen Offiziere getroffen, die mit Mischlingen verheiratet waren oder selbst Mischlinge zweiten Grades sind. In Deutschland hat man den Eindruck, daß die mit der Lösung des Judenproblems beauftragten Stellen zu diesen Maßnahmen übergegangen sind, weil sie sonst nichts mehr zu tun hätten und an die Front abgehen müßten. Die erbarmungslose Jagd nach Halb- und Viertelsjuden stößt in der Bevölkerung auf keine Sympathie, ohne daß es allerdings jemand wagt, seine Meinung laut kundzutun.

Im Heim für Flüchtlingskinder

Frankreich

Senator Justin Godard, der amtierende B germeister von Lyon, verlangte in einer Kundgebu als «einfachen Akt von Recht und Gerechtigkeit» sofortige Rückgabe des jüdischen Vermögens, das ter dem Vichyregime konfisziert wurde. Er verlang daß alle Käufer jüdischen Eigentums als Kollaborat nisten vor Gericht gestellt werden, da sie im schle ten Glauben gehandelt haben. Er warnte in einem A satz der «Fraternité» vor antisemitischer Propagan da damit nur der fünften Kolonne gedient sei. In Zeitschrift «La République» von Toulouse erklärt Chefredakteur Pierre Stefani, daß durch die Verzö rung des Gesetzes über die Rückgabe des jüdisch Eigentums nicht nur diejenigen geschützt würden, w che jüdisches Vermögen erworben haben, sondern au alle Antisemiten ermuntern würden, mit ihrer Täti keit fortzufahren.

Die Juden Frankreichs hielten ihre erste La deskonferenz seit der Befreiung des Landes 150 Delegierte vertraten 26 Regionalkomitees der jüd schen Widerstandsbewegung. In den Eröffnungsred wurde dankbar die Hilfe der jüdischen Soldaten En lands und Amerikas anerkannt, welche überall eing sprungen seien, wo es galt, jüdische Not zu linder Der Regierung wurde ein Memorandum über den j dischen Anteil an der Widerstandsbewegung zugestell ein Gedenkbuch über die jüdischen Opfer ist in Vo bereitung. Der Generalsekretär M. Adamitz erklärt daß die restlichen Juden in Frankreich zwar ihr L ben gerettet haben, aber vollständig ruiniert sin 30 000 Personen haben sich für die volle Unter stützung angemeldet, und da sie ihre frühere Wohnungen nicht zurückerhalten haben, seien sie auc ohne Unterkunft. Die Versammlung verlangte de weiteren Kampf gegen den Antisemitismus. Die fünf Kolonne sei an der Arbeit und suche gegen die Rück gabe des Vermögens Obstruktion zu treiben. E wurde beschlossen, den größtmöglichen Beitrag für di

Old Inn
TEA-ROOM
Ecke Bleicherweg-
Alfred-Escher-Str.
ZÜRICH
It's as good as any where
Tel. 27 17 03

Dr. H. Wyler
Tödi-Apotheke
Kein Weg ist zu weit
Keine Bestellung zu klein
Rasche Hauslieferung
ZÜRICH 2
Ecke Bleicherweg
Tödistraße, Tel. 23 58 7

B 940892

Kriegführung zu liefern und mit aller Energie für die Demokratie einzutreten.

In der Gemeinde Guerry bei Savigny-en-Septaine in Mittelfrankreich wurden in drei Brunnenschächten Massengräber gefunden. Unter den 33 Toten befanden sich 27 Juden, zumeist aus dem Elsaß. Einer von ihnen ist der 76jährige Oberst Bernheim, der im Jahre 1918 eine besondere Auszeichnung von Pétain erhielt. Aus Mühlhausen kommen schlimme Nachrichten über die Behandlung der dort unter dem deutschen Regime gebliebenen Juden. In der Villa Bernheim bei der Post wurde ein «Judenzirkus» mit sadistischen Methoden abgehalten, der erst eingestellt wurde, als Maire Wicki und Professor Kleinknecht, der Chefarzt des Hasenrain-Krankenhauses, Protest einlegten. Ein großer Teil der Juden Mülhausens wurde ins Irrenhaus Rouffach gebracht und dort mit Lastwagen in eine menschenferne Gegend des Jura transportiert und hier einfach im Wald abgesetzt. Französische Bauern, die sie dort zufällig trafen, nahmen sich der Opfer an und sorgten für sie, so gut sie konnten.

Die Situation in Bulgarien

Die Verwaltung des Landes wurde von ganz neuen Männern übernommen. Die neue Regierung hat weder hinsichtlich der Wirtschaft, der Geschichte, der Dynastie oder der Tradition irgendwelche Bindungen und kann deshalb im Gegensatz zu anderen befreiten Ländern ganz ungehindert vorgehen. Die bisherigen Minister stehen vor dem Volksgerichtshof. Die nach der Türkei geflüchteten Männer wurden zurück über die Grenze gestellt und Rußland hat die gefangenen Minister ausgeliefert. Darunter befindet sich auch Peter Gabrowsky, der für den Erlaß der antijüdischen Gesetze verantwortlich ist. Auf sein Konto kommt auch die Deportation der 22 000 Juden aus Thrazien und Mazedonien. Die Lage der Juden kann man nicht eindeutig umschreiben. Sofort nach der Trennung von den Achsenmächten wurde ein Dekret erlassen, daß alle Beschränkungen gegen die jüdische Bevölkerung aufgehoben worden seien. Die Mitteilung erging vom Innenminister an den neugebildeten jüdischen Exekutivrat Bulgariens. Dann kam ein neues Statement von Propagandaminister M. Kazasof heraus, worin erklärt wird, die Regierung mache keine Schwierigkeiten für die Auswanderung nach Palästina und daß die Juden ihr gesamtes früheres Eigentum, die Geschäfte und die Liegenschaften inbegriffen, zurückbekommen. Eine Woche später erklärte der Außenminister Staynov einer Gruppe jüdischer Journalisten daß auch für das nicht mehr vorhandene Vermögen volle Kompensation gewährt werde. Am 7. Oktober wurde in einer offiziellen Radioansprache, die in hebräisch gehalten wurde, mitgeteilt, daß das Gesetz gegen die Kriegsverbrecher auch beim Tatbestand der Judenverfolgung Anwendung finde. Bald darauf trat eine Wendung ein. Eine neue Erklärung des Propagandaministers wies auf die schwierige Lage des neuen bulgarischen Staates hin. Die Juden in Bulgarien und in der Welt müßten mithelfen, den Weltfrieden zu sichern. Die Regierung werde den leidenden Juden helfen und ihnen das konfiszierte Vermögen der Achsenfreunde zur Kompensation überweisen. Am besten wäre es, wenn das Judentum anderer Länder die Hilfe für die bulgarischen Juden übernehmen würde. Die Rückkehr der Juden nach Sofia sei nur möglich, wenn die großen Demokratien eine Anleihe gewähren. In einer weiteren hebräischen Ansprache wurde mitgeteilt, daß die Regierung ein neues Gesetz ausgearbeitet habe, wonach die bis zum Ausbruch des Krieges in Sofia wohnenden 4000 Juden, sowie 400 Juden aus Jugoslavien und die anderen Juden des Landes in einem Lager in Sofia untergebracht würden. Dabei hatte Bulgarien vor dem Kriege 48 308 jüdische Einwohner, wovon Sofia allein 20 000! Diese neue Rechnung ließ allerlei Vermutungen aufkommen. Eine Woche später gab der Innenminister eine neue hebräisch gehaltene Erklärung ab, wonach Juden das Land verlassen können, aber eine Deklaration zu unterschreiben hätten, wonach sie auf alle Ansprüche an die Regierung, an die Banken oder an Private verzichten und auch das Grundeigentum nicht mehr beanspruchen. Zu gleicher Zeit wurde die Jugendalliah nach Palästina nur denjenigen Kindern gestattet, die von ihren Eltern begleitet werden. Ein neues Gesetz beschränkte hierauf die Rückgabe des Grundeigentums nur auf diejenigen Eigentümer, die zugleich in ihrem Hause gewohnt haben. Unter der früheren Regierung haben alle Juden ihre Staatsangehörigkeit verloren. Gemäß dem neuen Gesetz können sie diese wieder erhalten, wenn sie ein Gesucht stellen. Emigrierte müssen in sechs Monaten wieder im Lande sein und eine andere inzwischen erworbene Staatsangehörigkeit aufgegeben haben.

Die neuen Gesetze entsprechen den früher gemachten Versprechungen gar nicht. Viele haben die Reisemöglichkeiten nicht, Deportierte können nicht zurück, die Abnahme des gesamten Vermögens bei einer Auswanderung und die Beschlagnahme jüdischen Vermögens von jüdischen Vereinen, wenn sie als kapitalistische Organisationen angesehen werden, deren Geist nicht mit den neuen Bestrebungen des bulgarischen Volkes zu vereinen sei, sind nur einige Tatbestände, die zeigen, daß Entwicklungen im Gange sind, welche die ganze Wiederherstellungspraxis in Frage stellen.

Polen

London. Der Antisemitismus der Londoner Polenregierung wird immer deutlicher. Dr. E. Scherer, der jüdisch-bundistische Vertreter im polnischen Nationalrat, reichte ein Mißtrauensvotum ein. Es betrifft insbesondere die beiden Minister der Endek-Partei, Berezowski und Folkierski, die für ihre reaktionäre Haltung und den militanten Antisemitismus nur zu bekannt sind. Berezowski ist jetzt Innenminister. Auch im Kabinett Mikolaijczik gab es Minister der Endek-Gruppe, aber sie unterschrieben noch das Programm Sikorski, welcher die Gleichheit der jüdischen Bevölkerung befürwortete. Die beiden neuen Minister kommen von einer anderen Gruppe der Endek-Partei, welche gerade wegen ihrer antisemitischen Stellung in Opposition zu Sikorski standen. Unterstaatssekretär im Innenministerium ist Demidowicz, der der gleichen Gruppe angehört und gleich alle seine Freunde hier untergebracht hat. Die Richtung Bielicki hat damit die Oberhand in der Innenpolitik bekommen, was zu schweren Befürchtungen Anlaß gibt. Dr. Scherer hat in einer Geheimsitzung des polnischen Nationalrates seinen Antrag in einer ausführlichen Rede begründet und erklärt, daß er zur Regierung Arciszewsky in Opposition stehe. Dr. Schwarzbarth, der zionistische Vertreter im polnischen Nationalrat, befindet sich in Amerika und konnte deshalb zu den neuesten Vorgängen noch nicht Stellung nehmen.

510893
H3957 – 0007

H3957 – 0008

Die Übergangsperiode Palästinas

Ueber das bei Kriegsende einzuschlagende Tempo des weiteren jüdischen Aufbaus Palästinas und damit zur Schaffung des jüdischen Staates sind Diskussionen entbrannt, in die Weizmann bei seiner Rede in Nahalal eingegriffen hat. Er betonte mit Nachdruck, daß eine Uebergangsperiode unvermeidlich sei und warnte davor, Forderungen auf eine sofortige Lösung des Problems aufzustellen. Zuerst müsse in der politischen Aktivität weitergefahren werden, um das Weißbuch aufzuheben. Dann müssen Pläne für eine große Bevölkerungsaufnahme ausgearbeitet werden. Unsere Situation wird sich damit stark verbessern und wenn Churchill und Roosevelt weiterhin an der Spitze ihrer Nationen bleiben, haben wir nichts zu befürchten. Wir werden dann schrittweise unser Ziel, den jüdischen Staat, erreichen. Ich halte eine Periode von fünf bis sechs Jahren als nicht zu viel, wenn wir den Zustand der Welt in Berücksichtigung ziehen. In der Zwischenzeit müssen wir alle unsere Kräfte vereinen und zu gemeinsamen großen Leistungen übergehen. Wir haben zu viele Feinde, als daß wir uns erlauben könnten, den Individualismus auf die Spitze zu treiben.

Bei der Keren Hajessod-Konferenz in Palästina erklärte Weizmann, er sei über die großen Erfolge in der neuen Ansiedlung, der Industrie und der städtischen Entwicklung selbst erstaunt. Zionismus ist keine Bewegung von Philanthropen. Noch mehr als am materiellen Wohlergehen der einzelnen Einwanderer liegt uns am Schicksal des gesamten Volkes. Ich sah auf meiner Reise durch Palästina noch viele Gebiete, wo wir große Massen der Reste Israels aus Europa aufnehmen können. Hunderte und Tausende von befreiten Juden warten mit großer Ungeduld darauf, nach Palästina fahren zu können. Viele tausend jüdische Kinder, deren Eltern nicht mehr leben, können die geeignete Hilfe nur durch Palästina bekommen. Viele Juden haben die fünf Jahre des Schreckenisses nur mit der Hoffnung auf Palästina durchgehalten. Diese Hoffnung darf nicht in der letzten Minute zunichte gemacht werden.

Ben Gurion erklärte, daß in den letzten 25 Jahren über hundert Millionen Pfund investiert worden sind. Unsere bisherigen Leistungen berechtigen zur Hoffnung, daß der jüdische Staat noch zu unseren Zeiten entstehen wird. Kaplan machte die Mitteilung, daß das «Planning Comittee» Projekte für die Aufnahme einer ganz großen Einwanderung in Vorbereitung habe. Das ordentliche Budget für das laufende Jahr beträgt vier Millionen Pfund. Zwölf neue Dörfer sollen angelegt, neue Gesellschaften zur Förderung von Industrie und Landwirtschaft gegründet und eine neue jüdisch-nationale Schiffskompagnie geschaffen werden.

Die jüdischen Arbeiter New Yorks haben den Beschluß gefaßt, für 10 Millionen Dollar Maschinen zur Entwicklung der Industrie nach Palästina zu schicken.

Lord Gort, der neue Oberkommissär, besuchte die jüdischen Siedlungen im ganzen Lande und hielt

Jüdischer Kommando-Soldat
(K. H.- und K. K. L.-Kalender 5705. Phot. Lerski.)

dabei manche Ansprachen. In der Kolonie Beth Eschel im Negev sagte er zu den jüdischen Siedlern, als Soldat kenne er die Schwierigkeiten des Pioniertums. Er sei überzeugt, daß mit dem Willen und Geiste des jüdischen Volkes die Widerstände überwunden werden.

Zehn Jahre seit dem Tode Victor Jacobsohns

Genf. Es sind nun zehn Jahre her, seit Dr. Victor Jacobsohn, der politische Vertreter der Jewish Agency in Genf, gestorben ist. Er war in Rußland Mitglied des dortigen großen zionistischen Komitees und kam dann, als die jüdische Kolonialbank gegründet wurde, als deren Direktor nach Beyruth, wo es ihm gelang, viele wertvolle Verbindungen sowohl mit den Kreisen der Araber als auch mit der Regierung in Konstantinopel herzustellen. Im letzten Weltkrieg übernahm er die Leitung des Kopenhagener Büros der Zion. Organisation. Nach der Gründung des Völkerbundes wurde ihm die Aufgabe übertragen, mit den Delegationen aller Länder in Genf die diplomatische Verbindung aufzunehmen, was ihm in hervorragendem Maße gelungen ist. Zu seiner Jahrzeit erschienen in der jüdischen Presse der Welt zahlreiche Aufsätze über seine erfolgreiche Tätigkeit in Genf.

Konferenz des United Palestine Appeal in Chicaco. 700 Delegierte nahmen an der Tagung des United Palestine Appeal teil, die in Chigaco abgehalten wurde. Den Vorsitz führte James Heller, der in seinen einleitenden Worten die Terroristenakte verurteilte und erklärte, daß die Urheber solcher Taten offenbar von der europäischen Tragödie nichts gelernt hätten. Gleichzeitig wandte er sich gegen die Politik der Palästina-Regierung, die Einwanderung und Kolonisation gemäß dem Weißbuch von 1939 einschränkte. Der Minister des Innern, Ickes, sandte eine Botschaft, worin es heißt, daß die Errungenschaften Plästinas ein Vorbild für das Nachkriegseuropa seien und daß das ganze amerikanische Volk hinter Roosevelt stehe, der die Politik der Jewish Commonwealth unterstütze. Die Konferenz beschloß, daß im Jahre 1945 30 Millionen Dollar für den United Palestine Appeal aufgebracht werden müßten, um das große Aufbauprogramm durchzuführen, das nach dem Kriege nötig sei. Mr. James G. McDonald, der frühere High-Commissioner für die Flüchtlinge, hielt eine Ansprache, worin er erklärte, daß nur Palästina das jüdische Flüchtlingsproblem lösen könne.

Jean Fust
BERATENDER INNENARCHITEKT
Vornehme Wohnungs-Einrichtungen
Möbel - Vorhänge - Stoffe Kreuzplatz 2, Zürich Telephon 24 42 33
46894

SBB-Buffet Zürich-Enge
Telephon 25 18 11 Inh.: B. Böhny

H3957 – 0009

Wie Prof. Dubnow starb

London. Captain E. Gekhman gibt eine genaue Darstellung des letzten Opferganges von Prof. Simon Dubnow, des großen jüdischen Historikers, bei der «Liquidierung» der Juden in Riga. Zufolge seiner Krankheit konnte der weltbekannte Historiker die Flucht nicht mehr ergreifen. Im Alter von 82 Jahren wurde er erschossen.

Einer der «Liquidatoren» des jüdischen Ghettos in Riga war Johann Siebert, der in Heidelberg studiert und dort Dubnow bei Gastvorlesungen gehört hatte. Er erkannte Dubnow und sagte zu ihm: «Ich war einmal so närrisch, Ihre Vorlesungen zu hören. Sie sprachen von den Ideen des Humanismus, der die Welt erobern werde und schließlich prophezeiten Sie, daß das zwanzigste Jahrhundert die volle Emanzipation und Gleichheit der Juden in der ganzen Welt bringen werde. Gestern war ich in den Wäldern von Bickern. Wir haben dort 480 Russen erschossen und denken Sie auch die genau gleiche Anzahl Juden. Wie Sie sehen, ist die Gleichheit der Juden mit den Russen bereits erreicht.» «Wie viele Juden wurden gestern erschossen?» fragte Dubnow. «Es ist für mich wichtig, dies genau zu wissen.» «Es waren genau 480», war die Antwort.

Dubnow führte über alle Geschehnisse im Ghetto ein Tagebuch, das ausdem Ghetto geschmuggelt wurde, bis heute aber noch nicht zum Vorschein kam. Man vermutet, daß die betreffenden Nichtjuden nach Deutschland deportiert worden sind.

Am Morgen des 1. Dezember 1941 begann die völlige Vernichtung des Ghettos von Riga. In Gruppen von 500 wurden die jüdischen Einwohner aus der Stadt in die Wälder von Bickern getrieben; unter ihnen der Oberrabbiner von Riga, Sak, der den Talis trug. Dubnow hatte im Ghetto die letzten Seiten seiner Geschichte geschrieben. Er war überzeugt, daß seine Zeilen die Juden in der Welt erreichen würden. Captain Gekhman berichtet über die Geschehnisse des 1. Dezember 1941 bis zu Dubnows Tode in voller Ausführlichkeit. Dubnow starb unerschrocken. An diesem Tage traten die Arbeiter Rigas als Protest gegen den Massenmord an Juden in den Streik. Sie errichteten Barrikaden, doch die «Quadrat»-Fabrik, wo sie sich verschanzt hatten, wurde von der SS.-Artillerie im Sturm genommen.

Erschütternd ist der Bericht des russischen Hauptmanns Gekhman, wo er von der Begegnung Dubnows mit dem gebildeten und historisch geschulten Scharfrichter Johann Siebert spricht. Es gibt in der Geschichte wenige Beispiele eines solchen Zusammentreffens, wo der Schüler seinen früher so hochgeachteten Lehrer umbringt. Dubnow lehrte ihn Humanität und was wurde aus Siebert in der neudeutschen Geisteswelt? Nie hatte das jüdische Volk Anlaß, die Gleichheit im Leiden mit anderen Völkern zu verlangen, wie dies Siebert mit schändlicher Ironie dartun will. Siebert wird in die Geschichte eingehen als ein Beispiel der menschlichen Degeneration und des Niederganges. Er hatte durch seine Erziehung die Gelegenheit, sich für den Fortschritt der Zivilisation und der Kultur einzusetzen; er wählte statt dessen das Amt des Hinrichtungskommandanten. Siebert wurde von Rußland in die Liste der Kriegsverbrecher aufgenommen.

Die Juden Rigas in der ganzen Welt gedachten am letzten 1. Dezember des Schicksals ihrer Stadt und ihres großen Mitbürgers und Lehrers Prof. Simon Dubnow, der bis zur letzten Minute seines Lebens davon sprach, daß das jüdische Volk nie untergehen werde und diesen Glauben auf jeden Juden in Riga übertrug.

040895

Palästinensische Schulverhältnisse

Im letzten Bericht war das Zusammensein der Eltern mit den Kindern besprochen worden. Alle bisherigen Berichte zusammen ergaben, daß, bis auf die Freizeit, das Kind immer unter dem Einfluß und der Anregung Erwachsener steht, daß aber mit dieser Einschränkung immer wieder an die Selbstentwicklung appelliert wird. Nun soll die Einstellung zur landwirtschaftlichen Arbeit erörtert werden. Es gibt hier zwei Systeme: Bei dem einen wird die gemeinschaftliche Arbeit in den Vordergrund gestellt, beim anderen System kommt es mehr auf die Einzelarbeit des Kindes an. Die pädagogische Leitung in Kfar Giladi hat sich dem ersten Standpunkt aus folgenden Gründen angeschlossen. In den Moschawim (Siedlungen von Kleinbesitzern) arbeitet das Kind in der Wirtschaft der Eltern. In Kfar Giladi gibt es eine selbständige Schulwirtschaft. Das Kind soll zum Gemeinsinn in der Wirtschaftsführung erzogen werden. Weiterhin fiel die Entscheidung für das System der «verstreuten Arbeit», das heißt jedes Kind arbeitet zwar in der Wirtschaft der Schule, aber es arbeitet allein. Es sucht sich in der vielgestaltigen Wirtschaft einen Arbeitszweig, dem es sich allein widmet. Der Grund: Gewöhnung an möglichste Identifizierung mit der übernommenen Tätigkeit, also etwa den Tieren, den Geräten, Gewächsen, der Arbeitsfolge. Oefters benötigt eine Anzahl von Kindern besonderer Aufsicht, damit sie nicht der Neigung zur Plauderei, zum Spielen und sonstigen Ablenkungen unterliegen. Aber selbst wenn diese Neigung überwunden ist, ist das noch kein Beweis, daß er wirklich in seine Arbeit vertieft ist, denn das Gefühl für die Gemeinschaft mit den anderen beschäftigt das Kind immer im Unterbewußtsein. Die Neigung zur Geselschaft ist beim Kind stärker als zur sachlichen Arbeit, das soll planmäßig überwunden werden. Daneben muß das Kind immer in der Nähe eines arbeitenden Erwachsenen sein, damit es von seinem direkten Einfluß beeindruckt wird. Dann bekommt das Kind ein richtiges Verhältnis zur Arbeit; es verbindet sich aber auch mit den Menschen [illegible] mit dieser selbst. So aber entwickelt das Kind Geduld, Beständigkeit, Wachsamkeit, Unternehmungslust und Freude an der Anstrengung, erwirbt aber auch fach- und technische Kenntnisse.

*

Jerusalemer Film-Gesellschaft. Unter dem Vorsitz des Oberrichters von Palästina hat sich in Jerusalem eine Vereinigung gebildet, die es sich zum Ziele setzt, durch Vorführung wirklich künstlerischer Filme eine internationale Verständigung herbeizuführen und übergroßem Nationalismus entgegenzuarbeiten, eine Aufgabe, die nach dem Kriege von höchster Bedeutung sein wird. Die beiden ersten Vorführungen der Saison waren die Filme «Der junge Lincoln» und «Der junge Pitt», Französische, belgische und russische Filmschöpfungen sollen folgen. Außer dem Hauptfilm wird stets auch irgend ein leichter, guter Kurzfilm gezeigt.

Wir haben bei früherer Gelegenheit berichtet, daß die Stadt Tel Aviv von der Regierung die Enteignung des Bodens der früheren deutschen Siedlung Sarona und die Einverleibung dieses Gebietes in die Stadt Tel Aviv gefordert hat. Die Regierung hat dieser Forderung Tel Avivs nicht entsprechen wollen, und zwar mit Hinweis darauf, daß nach dem Kriege die Bewohner Saronas eventuell zurückkehren und ihr Eigentum in Anspruch nehmen würden. Die palästinensische Presse hat darauf hingewiesen, daß ein kaum erträglicher Zustand geschaffen würde, wenn mitten in dem sich ausbreitenden Gebiet der Stadt Tel Aviv nach diesem Kriege eine deutsche Siedlung verbleibe. In dieser Frage ist nun die Regierung dem jüdischen Standpunkt wenigstens insoweit entgegengekommen, als zunächst die Enteignung eines Terrains von 100 Dunam der Kolonie Sarona zwecks Errichtung eines dringend benötigten jüdischen Gemeinde-Krankenhauses in Tel Aviv genehmigt wurde.

Von der Agudas Jisroel

Die Exekutive der Agudas Jisroel in London beschloß an ihrer letzten Sitzung auf Antrag von J. Rosenheim, dem Präsidenten der Aguda, eine internationale Konferenz für den Frühling 1945 nach New York einzuberufen.

M 219

H-3957

G. B. EXHIBIT

No 439.

B 440887

Filed April 29th 1946

G. B. EXHIBIT 439

7

H3957 – 0010

H3957-0011

6 pages